

So hat der Aargau in den letzten 30 Jahren abgestimmt

Die SVP hat an Wählergunst eingebüsst, der Bundesrat wird erfolgreicher und urbane Anliegen sind im Trend: Eine umfangreiche Datenanalyse zeigt, wie die Aargauer Gemeinden seit 1990 abgestimmt haben.

Mark Walther und Stefan Trachsel

Ranglisten mit der BDP als Spitzenreiter sind rar. Das ist ein Grund, warum sie mit der CVP zu «Die Mitte» fusioniert. Doch in einer Auswertung dominiert die Bürgerlich-Demokratische alle anderen Parteien: In den Abstimmungen der letzten elf Jahre haben die Aargauer Gemeinden in drei von vier Fällen so gestimmt, wie es die BDP empfohlen hatte. Das zeigt ein Vergleich der nationalen Abstimmungsresultate mit den Parolen von Parteien, Verbänden sowie Bundesrat und Parlament. Die BDP liegt knapp vor der FDP und der CVP, wenn man analysiert, wie gut die Bevölkerung den Parolen der einzelnen Parteien an der Urne folgt. Schaut man die 280 eidgenössischen Abstimmungen seit 1990 an, fallen vier Entwicklungen auf (siehe Grafiken unten):

— Linke Parteien und Verbände überzeugen die Aargauer Bevölkerung viel seltener von ihren Parolen als Mitte- und Rechtsparteien.

— Die SVP dominierte die 90er- und 00er-Jahre. Sie gewann mehr Abstimmungen als die heutige Spitzenreiterin BDP. Seit 2010 gehört die SVP mit ihren Parolen häufiger zu den Verlierern.

— FDP, CVP, EVP, SP und Grüne steckten zwischen 2000 und 2010 im Tief. Seither gewinnen sie wieder mehr Abstimmungen.

— Empfehlungen aus Bern haben an Bedeutung gewonnen. Heute stimmen

«Der Aargau ist städtischer geworden, urbane Anliegen haben mehr Gewicht.»



Michael Hermann
Politikgeograf

Aargauer Gemeinden in drei von vier Fällen so, wie sich das Bundesrat sowie National- und Ständerat vorstellen.

Warum die BDP bei den Wahlen nicht erfolgreicher war

Dass die Mitteparteien am meisten Abstimmungen gewinnen, überrascht nicht. Ihre Parolen decken sich häufig mit den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament, denen das Stimmvolk

mehrheitlich folgt. Allerdings profitiert die Mitte wenig bis gar nicht von ihren Abstimmungs-Erfolgen, wenn gewählt wird. Bestes Beispiel dafür ist die Aargauer BDP. Sie verlor ihren einzigen Nationalratsrat, trat im vergangenen Herbst mangels Erfolgsaussichten nicht mehr zu den Grossratswahlen an und existiert jetzt nicht mehr.

Der Erfolg bei Abstimmungen sei keine Garantie für gute Wahlergebnisse, sagt Politikgeograf Michael Hermann. Wähler wählen taktisch, um Einfluss zu erlangen. Das heisst: lieber etwas linker oder rechter, als sie eigentlich sind. «Parteien in der Mitte haben es darum nicht so leicht», sagt Hermann.

«Konservative Wende» machte es für SP und Grüne schwierig

Umgekehrt verhält es sich bei den linken Parteien. Sie haben in den letzten 30 Jahren am wenigsten Abstimmungen gewonnen. Das erweist Politikologin Sarah Büttiker nicht, wie sie zu «watsons» sagt: «Die Linke ist in der Schweiz seit über 100 Jahren die stärkste Partei. Wenn es ihr nicht gelingt, entweder die Mitte für ihr Anliegen zu gewinnen oder eine unbelebte Allianz mit der Rechten einzugehen, verliert sie die Abstimmungen.» Erfolgreiche Altkonzepte wie die Zweitwohnungsinitiative vor acht Jahren blieben die Ausnahme.

Besonders schwer hatten es SP und Grüne zu Beginn des neuen Jahrtausends. «In der Gesellschaft fand eine konservative Wende statt», sagt Hermann. Nachdem die 90er-Jahre ein Jahrzehnt des Umbruchs waren, sei die Skepsis vor der EU, Zuwanderern und



Der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR wurde 1992 im Aargau mit gut 60 Prozent Nein abgelehnt – nur elf Gemeinden sagten Ja. Bild: Keystone/Sr



Fast zwei Drittel der Aargauer Stimmberechtigten – exakt waren es 64 Prozent oder 129 000 Personen – unterstützten das Minarettverbot. Bild: Stefan Schmidt / Keystone

dem Islam nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gewachsen. Der Kanton Aargau habe sich in dieser Zeit spannend entwickelt. Hermann sagt dazu: «Die konservative Welle war im Aargau besonders stark.» Der Wandel im ländlichen Kanton sei gross gewesen, worauf viele Menschen zunächst abweichend reagierten.

Nun geht die Entwicklung wieder in die andere Richtung: «Der Aargau ist städtischer geworden, weshalb urbane Anliegen wieder mehr Gewicht haben», sagt der Polit-Experte. Allerdings ist es für SP und Grüne nach wie vor schwer,

sich durchzusetzen. Das zeigte sich im November 2020 zuletzt bei der Konzernverantwortungsinitiative. Sie scheiterte am Ständemehr, obwohl auch bürgerliche Politikerinnen und Politiker für ein Ja warben und eine handlungsfähige Mehrheit des Votums zustimmte.

Lösen die Grünliberalen die BDP als Siegerpartei ab?

Politikgeograf Hermann glaubt, dass der Aargau auch in den kommenden Jahren am stärksten mit den Mitteparteien übereinstimmen wird. Die Grünen sieht er nicht als neue Seriensiegerin: «Die Partei ist weit weg von der Mitte.» Grössere Chancen hätten die Grünliberalen, die national häufig auf der Siegerseite stehen – sofern die grünen Themen weiterhin Aufwind hätten.

Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens auf Gemeindeebene zeigt: 158 Aargauer Kommunen stimmten in den letzten elf Jahren am häufigsten gemäss BDP-Parole. Bei den übrigen 52 verfiel am häufigsten, was die SVP empfahl.

Viele Gemeinden stimmten in den letzten 15 Jahren deutlich häufiger auf SP-Linie als noch zwischen 1990 und 2004. In Ellingen und Gelwil etwa legten die Sozialdemokraten um mehr als die Hälfte zu. Keine Partei konnte sich so stark steigern wie die SP.

SVP-Parolen haben bei Aargauer Bevölkerung an Einfluss verloren

Umgekehrt erging es der SVP: Alle Aargauer Gemeinden ausser neun (Schlossrued, Dürrenäsch, Leimbach, Wilberg, Böbikon, Reitnau, Moonleerau, Gonterschwil und Schmidried) stimmten weniger häufig mit der Blocher-Partei als zuvor. Nur alle Gemeinden wendeten sich aber gleich stark von den SVP-Parolen ab. Windisch, Aarau, Wettingen und Lenzburg taten das am stärksten.

Hermann erklärt sich die Entwicklung mit der Themenwahl der SVP. Die Partei schaffe es heute weniger gut als



Der Aargau sprach sich mit 51,5 Prozent Nein knapp gegen den UNO-Beitritt aus, gesamtschweizerisch gab es mit 54,6 Prozent hingegen ein Ja. Bild: Chris Marzfeld



Nur gerade 10,3 Prozent der Stimmenden in Lebbadt, wo das neueste AKW der Schweiz steht, sagten Ja zur Atomusstiegs-Initiative. Bild: Thomas Hoelzl / Keystone

früher, die Themen zu bewirtschaften, die den Menschen wichtig sind. Gemäss Sorgenbarometer sind das die Corona-Krise und ihre Folgen, die Altersvorsorge und Arbeitslosigkeit.

Allerdings muss man den Rutsch nach links relativieren. Die SP hat nur auf sehr niedrigem Niveau Boden gut gemacht. Sie kommt bei weitem nicht an die bürgerlichen Parteien heran, die ebenfalls mehr Abstimmungen gewinnen. Am Beispiel von Ellingen lässt sich das exemplarisch zeigen: In der kleinen Gemeinde gewannen die Parolen von SP und Grünen an Gewicht, jene der SVP verloren hingegen. Nun befinden sich diese Parteien alle auf demselben Niveau: Zur Hälfte stimmen die Ellingerinnen und Ellinger mit der SVP und nur anderen Hälfte mit der Linken. Zum Vergleich: FDP, CVP, GLP und FDP sind viel häufiger siegreich. Es fand also eine Verschiebung weg von der SVP in die bürgerliche Mitte statt, kein eigentlicher Linksrutsch.

Städter folgen vermehrt dem Bundesrat und dem Parlament

Wie Bundesrat und Parlament zu einer Volksinitiative oder einem Gesetz stehen, ist im Abstimmungsbüchlein als Empfehlung vermerkt. Der Bundesrat ist in die Parolen des Parlaments gebunden. Wie stark sich die Stimmgeberinnen und -bürger davon beeinflussen lassen, ist unklar. Allerdings lässt sich ein klarer Stadt-Land-Graben feststellen: städtischen Landgemeinden. Hermann sagt: «Sie sind generell nicht regierungskritischer als die Städte, aber konservativer.» In diesen Orten sei die Zustimmung zu Parolen der SVP bei Abstimmungen regelmässig höher als der Wähleranteil der Volkspartei.

WWW.

Grafiken aller Abstimmungen seit 1990 für jede Gemeinde: aargauerzeitung.ch

Details zur Datenauswertung

Die Daten zu den Abstimmungsergebnissen stammen vom Bundesrat für Stimmstatistik, jene zu den Parolen von Swissvotes. In der Analyse wurden insgesamt 283 Abstimmungen der Jahre 1990 bis 2020 ausgewertet. Einzig der Urnengang vom vergangenen November stimmt nicht in die Daten mit ein.

Das Bundesamt für Statistik hat die Gemeinderesultate auf dem heutigen Gemeindegrenzenstand berechnet. Das heisst, nach Gemeindefusionen werden die Resultate der zuvor eigenständigen Gemeinden zusammengerechnet.

Bei der Überinstimmung der Parolen gelten nur eindeutige Resultate. Also solche bei Ja- oder bei Nein-Parolen. Wurde Stimmfreigabe beschlossen oder keine Parole ausgegeben, wird die Abstimmung nicht mitgezählt. (myw)

mit der Landesregierung überein. Diese Erkenntnis ist auf den ersten Blick überraschend. In den Städten ist meist die SP tonangebend, im Bundesrat ist es die bürgerliche Mehrheit. Wie passt das zusammen? Parlament und Bundesrat sind laut Hermann progressiver als ein durchschnittlicher Ort in der Schweiz. Sie sind eher für Liberalisierungen und gegen Migrationsbeschränkungen – wie die Städte. Demgegenüber stehen die Landgemeinden. Hermann sagt: «Sie sind generell nicht regierungskritischer als die Städte, aber konservativer.» In diesen Orten sei die Zustimmung zu Parolen der SVP bei Abstimmungen regelmässig höher als der Wähleranteil der Volkspartei.

Unfallfahrer kassiert 18 Monate bedingt

Der Mann, der in Dürrenäsch in eine Mutter und ihre zwei Kinder gefahren ist, wurde verurteilt. Er hatte einen Freispruch verlangt.

Noemi Lea Landolt

Bevor der Unfall passierte, waren sie in Aarau beim Coiffeur-der Beschuldigte und seine beiden kleinen Kinder. Vom Tellerzentrum führen sie dann am späteren Nachmittag des 23. Dezember 2016 via Schafisheim, Seon und Hülwil nach Dürrenäsch. Kurz bevor sie zu Hause ankamen, passierte es. In einer Rechtskurve fuhr der heute 38-jährige geradeaus über das Trottoir. Dort erfasste er eine Mutter, die mit ihren beiden Kindern und dem Hund am Spazieren war. Der Einjährige war im Kinderwagen, der Säugling – nach keinem Monat alt – trug die Mutter vor der Brust. Kinder den Aufprall wurde der Dürrenäscher gemäss Anklageschrift 21,5 Meter durch die Luft geschleudert. Die Mutter prallte auf die Windschutzscheibe und wurde ebenfalls 19 Meter weggeschleudert. Der Säugling löste sich vom Körper der Mutter, weil der Tragegurt riss. Er blieb in ihrer Nähe auf der Wiese liegen. Das wenige Wochen alte Baby starb einen Tag nach dem Unfall. Die Mutter und der Einjährige wurden lebensgefährlich verletzt.



Kerzen am Strassenrand erinnern an den tragischen Unfall, bei dem ein Säugling ums Leben kam. Bild: Lisa Hebling (Dürrenäsch, 26.12.2016)

Er erinnert sich nicht mehr an den Unfall

Gestern Dienstag musste sich der Unfallfahrer vor dem Bezirksgericht Kalm verantworten. Er erinnere sich nicht mehr an den Aufprall, sagte der 38-jährige, der mit seiner Familie in Dürrenäsch, sondern im Elsass lebt. Seine erste Erinnerung nach dem Unfall sei die Windschutzscheibe. «Dieses Bild werde ich nie vergessen», sagte er und wachte sich eine Träne aus dem Augenwinkel.

Für die Staatsanwaltschaft ist erstellt, dass der Beschuldigte «schuldig übermächtig» war und sich an diesem Tag nicht mehr hinter Steuer hätte setzen sollen. Indem er es trotzdem tat, habe er seine Sorgfaltspflicht verletzt und mit der Fahrt nicht nur die drei späteren Opfer, sondern auch seine zwei eigenen Kinder gefahren.

Der Beschuldigte hingegen führte aus, er habe am Tag des Unfalls nicht gemerkt, dass er

mitde war. Die Staatsanwältin bezeichnete dies als Schutzbehauptung. Der Beschuldigte selbst habe am Unfallort mehrere Zeugen erzählt, er sei wohl hinter dem Steuer eingeschlafen. Erst nachdem er einen Tag nach dem Unfall, die Mutter und der Einjährige wurden lebensgefährlich verletzt.

Mit seinem Urteil folgte das Gericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Der Verteidiger hatte einen Freispruch verlangt. Der Beschuldigte habe seine Sorgfaltspflicht nicht verletzt. «Er erkannte keine Gefahr, als er mit seinen Söhnen nach Aarau fuhr», sagte der Verteidiger. Er habe daher die Kollision nicht vorhersehen können.

Das letzte Wort hatte der Beschuldigte selbst, bevor sich die Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter zur Urteilsberatung zurückzogen. Er drehte sich zum anwesenden Vater des verstorbenen Säuglings und entschuldigte sich. Er habe nach dem Unfall täglich die Polizei angerufen, um zu erfahren, wie es den Opfern gehe, sagte er. Er sei zutiefst betroffen. «Es lässt mich nicht kalt, was passiert ist.»

Das Bezirksgericht sprach ihn einstimmig der fahrlässigen Tötung, der mehrfachen fahrlässigen schweren Körperverletzung und des Fahrens in fahrlässigem Zustand schuldig und verhängte eine bedingte Freiheitsstrafe von 18 Monaten. Ausserdem muss er eine Busse von 2000 Franken zahlen und ist gegenüber der Opferfamilie zu 100 Prozent schadenersatz- und genugungspflichtig. Das Urteil kann ausser Obergericht weitergezogen werden.

Gerichtspräsident: «Ein Alibi für jede Familie»

Das Bezirksgericht sprach ihn einstimmig der fahrlässigen Tötung, der mehrfachen fahrlässigen schweren Körperverletzung und des Fahrens in fahrlässigem Zustand schuldig und verhängte eine bedingte Freiheitsstrafe von 18 Monaten. Ausserdem muss er eine Busse von 2000 Franken zahlen und ist gegenüber der Opferfamilie zu 100 Prozent schadenersatz- und genugungspflichtig. Das Urteil kann ausser Obergericht weitergezogen werden.

Gerichtspräsident Christian Märki sprach von einem «absolut tragischen Ereignis», mit dem sich das Gericht befassen musste. «Dieser Unfall ist absolut traumatisch und der Alibi für jede Familie.» Gleichzeitige könne man sich nichts Schlimmeres vorstellen, als für einen Unfall verantwortlich zu sein, bei dem ein Kind getötet und zwei Menschen schwer verletzt werden. Der Unfall hinterlasse nur Verlierer.

Dennoch habe das Gericht keine erheblichen Zweifel daran, dass der Beschuldigte hinter dem Steuer einschliefe und es so zum Unfall kam. Der Sekundenschlaf sei auch nicht aus dem Nichts aufgetreten. Der Beschuldigte habe die Warnsignale seines Körpers jedoch nicht erkannt, sagte Märki. Darin bestehe die Sorgfaltspflichtverletzung und dafür müsse er die Verantwortung tragen.

Mit seinem Urteil folgte das Gericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Der Verteidiger hatte einen Freispruch verlangt. Der Beschuldigte habe seine Sorgfaltspflicht nicht verletzt. «Er erkannte keine Gefahr, als er mit seinen Söhnen nach Aarau fuhr», sagte der Verteidiger. Er habe daher die Kollision nicht vorhersehen können.

Das letzte Wort hatte der Beschuldigte selbst, bevor sich die Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter zur Urteilsberatung zurückzogen. Er drehte sich zum anwesenden Vater des verstorbenen Säuglings und entschuldigte sich. Er habe nach dem Unfall täglich die Polizei angerufen, um zu erfahren, wie es den Opfern gehe, sagte er. Er sei zutiefst betroffen. «Es lässt mich nicht kalt, was passiert ist.»

Nachrichten

Erste digitale Lehrstellenbörsen

Ausbildung Am 17. März findet die Lehrstellenbörse des Beratungsdienstes akt statt. Jugendliche auf Lehrstellensuche und Unternehmen mit Lehrstellen können Kontakte knüpfen und Schnuppertage vereinbaren. Wegen der Pandemie findet die Börse digital statt: Jugendliche können ein Zeitfenster für ein Gespräch mit einem Unternehmen reservieren. Eine Anmeldung ist obligatorisch. (az)

Retnner missachtet Rotlicht und Ball

Schöffland Am Montagmittag hat ein 76-jähriger Mann in Schöffland eine rote Ampel missachtet. Er fuhr deshalb seitlich-frontal in einen herannahenden Sattelzügler. Das Auto des Sattelzüglers wurde dabei zur Seite geschleudert und rampte zwei an der Kreuzung stehende Fahrzeuge. Verletzt wurde niemand, es entstand aber grosser Sachschaden. Der Mann wurde angezeigt. (az)

Unfallhelfer unklar: Polizei sucht Zeugen

Otrringen Am Montagmittag sind in Otrringen zwei Autos miteinander kollidiert. Verletzt wurde niemand, laut Kantonspolizei entstand aber Sachschaden in Höhe von mehreren tausend Franken. Weil der Unfallhergang nicht klar ist, sucht die Polizei nun Zeugen. Wer Angaben zu diesem Unfall machen kann, wird gebeten, sich beim Stützpunkt Zofingen unter 062 745 11 11 zu melden. (az)